



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

IX. Legislaturperiode

Sitzung Nr. 18 vom 15. Mai 2006

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 bis 21.10 Uhr

Leitung: M. Metz

Anwesend: 39 Mitglieder

Abwesend: S. Rysler

Protokollgenehmigung: Das Protokoll der 17. Sitzung vom 27. März 2006 wird genehmigt.

Präsident:

Protokoll:

Markus Metz

Brigitte Christen

Mitteilungen des Präsidenten: keine**Neu eingereichte persönliche Vorstösse:**

- Postulat CVP-Fraktion vom 15.5.2006: Binningen unterstützt Kultur in der Region Basel, Gesch. Nr. 112
- Motion Grüne/EVP-Fraktion vom 12.5.2006: Änderung der Geschäftsordnung, Gesch. Nr. 113

Grüne: *M. Schmidli* macht zum Vorstoss zwei Ergänzungen: Die Vorkommnisse sind lediglich der Anlass zur Motion und nicht das Ziel. Ihre Fraktion hat Bedenken, dass die konstruktive Arbeit in den Kommissionen leiden könnte. Es stellt sich die grundsätzliche Frage, ob ein Mitglied einer ständigen Kommission abwählbar ist. Dazu ist offenbar eine 2/3-Mehrheit erforderlich, womit sichergestellt ist, dass eine Abwahl nur bei Vorliegen ernsthafter Gründe möglich ist. Die Geschäftsordnung des Einwohnerrats gibt keine Auskunft darüber, für welche Dauer ein Mitglied in eine Kommission gewählt und unter welchen Voraussetzungen abwählbar ist. Die Abklärung dieser Frage soll prinzipiell und sorgfältig im Rat diskutiert werden. Zum weiteren Vorgehen: Das Geschäft wird voraussichtlich für die Juni-Sitzung traktandiert. Mit einfachem Mehr kann der Rat dieses an das Büro des Einwohnerrats oder an eine Spezialkommission überweisen. Diese/s wird einen Formulierungsvorschlag dem Rat unterbreiten. Der in der Motion aufgeführte Text ist als Vorschlag zu verstehen. Wird die Geschäftsordnung gegebenenfalls geändert, so können entsprechende Schritte in die Wege geleitet werden. Sie ruft den Rat dazu auf, sich eine unabhängige Meinung zu bilden, ob ein solches Instrument geschaffen werden soll.

SVP: *U. Rediger* erachtet die gewählte Form der Motion als falsch, weil diese in der Regel einen Auftrag an den Gemeinderat beinhaltet. Vielmehr handelt es sich um einen Änderungsantrag.

- Postulat der SP-Fraktion vom 10.5.2006: Sicheres Überqueren der Hauptstrasse zur Gemeindeverwaltung

Traktandenliste:	Gesch. Nr.
1. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25.4.2006: Erlass eines Reglements über die Parkraumbewirtschaftung , 1. Lesung	109
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 2.5.2006: Gesamtkonzept für die Dorfplatzneugestaltung und Bewilligung von Investitionsausgaben von insgesamt CHF 1'417'000.—	111
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25.4.2006: Abrechnungen von diversen Investitionskrediten	108
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25.4.2006: Interfraktionelles Postulat: Binningen wird GATS-freie Gemeinde Stellungnahme des Gemeinderats betr. Überweisung	91
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25.4.2006 Postulat FDP: Mehr Bewegung in unserer Gemeinde Stellungnahme des Gemeinderats betr. Überweisung	106
6. Interpellation FDP-Fraktion vom 22.3.2006: Gescheiterte Verhandlungen über das Schlosspark-Hotel Antwort des Gemeinderats	104
7. Interpellation SP-, Grüne/EVP-Fraktion vom 22.3.2006: Massenkündigung von Mietwohnungen Antwort des Gemeinderats	102
8. Interpellation CVP-Fraktion vom 27.3.2006: Benutzungsbedingungen des ILS 34 am EuroAirport Schriftliche Antwort des Gemeinderats	107
9. Diverses	

Traktandum 1**Geschäft Nr. 109**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25.4.2006:

Erlass eines Reglements über die ParkraumbewirtschaftungEintreten:

SVP: *F. Gerber:* Der vorliegende Reglementsentwurf schießt weit über das Ziel hinaus. Es stellt sich die Frage, ob der Erlass überhaupt notwendig ist. Zwar soll der tägliche Pendlerverkehr eingedämmt werden, aber nicht mit derart drastischen Massnahmen. Die Gebühr von 120 Franken für eine Jahreskarte ist eine verdeckte Steuererhöhung zu Lasten der Autofahrer/innen. Seine Fraktion stellt den Antrag, das Reglement zur Bearbeitung an eine 9er-Spezialkommission zu überweisen. Der Erlass soll den Bedürfnissen der Einwohnerschaft und besonders auch des Gewerbes besser Rechnung tragen. Die Tarife sind möglichst tief zu halten. Dem Gemeinderat sollen nicht derart weitgehende Änderungskompetenzen einräumt werden. In Anbetracht der Grösse des zu bewirtschaftenden Parkraums hat seine Fraktion grosse Bedenken, wie dies der Gemeinderat mit den vorhandenen personellen Ressourcen bewerkstelligen will.

FDP: *G. Metz* hält fest, dass die heutige Situation unbefriedigend ist, insbesondere in der Nähe der Haltestellen des öffentlichen Verkehrs. Die Fraktion ist zur Ansicht gelangt, dass das Geschäft zur Überarbeitung an den Gemeinderat zurückzuweisen ist, und zwar aus folgenden Gründen: Der Nachweis für den Bedarf für die grosse Fläche der vorgeschlagenen blauen Zone wird nicht erbracht. Mit einer kleineren Zone könnten vorerst Erfahrungen gesammelt werden. Gleichzeitig würde der erforderliche Kontrollaufwand reduziert. Die Begründung für die hohe Gebühr von 120 Franken für eine Jahreskarte ist ungenügend. Für Besucher/innen, seien sie privat oder geschäftlich, wird keine befriedigende Lösung aufgezeigt; denn in der blauen Zone kann während maximal eineinhalb Stunden parkiert werden. Störend ist zudem, dass der Gemeinderat sich bei dieser Gelegenheit weitgehende Kompetenzen sichern will, indem die Gebühr für die Jahreskarte bis auf das Doppelte erhöht werden kann; für die Wochenkarte von 35 bis sogar 100 Franken. Würde das Reglement in der vorliegenden Form genehmigt, könnte die Exekutive die blaue Zone nach Gutdünken ausdehnen.

CVP: *M. Martig:* Basel-Stadt führt sukzessive die Anwohner-Parkkarte ein und die umliegenden Gemeinden ziehen nach. Wer an einer Linie des öffentlichen Verkehrs wohnt, findet kaum mehr einen Parkplatz. Das Problem betrifft die ganze Umgebung, es kann jedoch nicht zugewartet werden, bis regionale Lösungsvorschläge vorliegen, sondern es muss auch lokal angegangen werden. Als es im Juni 2005 um die Überweisung der CVP-Motion zum Thema Parkraumbewirtschaftung ging, hat seine Fraktion auf Antrag der FDP das Wort "flächendeckend" gestrichen. Aufgrund der Sachlage wird es jedoch lediglich eine Frage der Zeit sein, bis Binningen gezwungen sein wird, eine flächendeckende Bewirtschaftung einzuführen. In Zukunft werden Pendler/innen vermehrt die Buslinie 61 (Kronenplatz / Allschwil) benutzen. Es erstaunt deshalb, dass entlang dieser Linie keine blaue Zone geplant ist. Auch seine Fraktion wird der Überweisung an eine Spezialkommission zustimmen.

SP: *G. Löhr* hat Verständnis für die geäusserte Kritik. Ihre Fraktion hat ebenfalls offene Fragen, zum Beispiel erscheint die Zoneneinteilung willkürlich. Diesbezüglich würde eine flächendeckende Einführung der blauen Zone bevorzugt. Die Gebühren sind tatsächlich zu hoch und zu wenig transparent begründet. In § 1 wird als Zweck u. a. Abgeltung für das Parkieren auf öffentlichem Grund genannt. Dies erscheint fragwürdig, da Allmend die ganze Gemeinde umfasst und somit noch weniger klar erfasst werden könnte, was deren Benützung kostet. Keine befriedigende Lösung ist auch für Personen, welche in Binningen arbeiten, vorgesehen. So könnten beispielsweise Lehrkräfte im einen Schulhaus gratis parkieren, im andern überhaupt nicht bzw. im dritten zu hohen Tarifen. Die Kompetenzen des Gemeinderats gehen auch ihrer Fraktion zu weit. Dass der Gemeinderat das Problem anpackt, ist zwar sehr positiv, doch sollten die strittigen Punkte im Reglement von einer Spezialkommission beraten werden. Diese sollte neun Mitglieder umfassen, damit möglichst viele Aspekte und Anliegen berücksichtigt werden.

Grüne/EVP: *B. Gürler* schliesst sich dem Überweisungsantrag an eine Spezialkommission an. Im Hinblick auf die Ozon- und Feinstaubbelastung im letzten Sommer ist jede Massnahme zu begrüssen, welche das öffentliche Verkehrsmittel fördert und zur Verkehrsberuhigung beiträgt. Dass die Unkosten von den Autobesitzerinnen /-besitzern berappt werden müssen, ist an sich richtig, allerdings sollen sie gerechter aufgeteilt werden. Wenn beispielsweise jede/r Eigentümer/in eines Autos fünfzig Franken jährlich pro Fahrzeug zahlen müsste, wäre dies vertretbar und würde die Diskussion um die Ausweitung der blauen Zone erübrigen.

Stellungnahme des Gemeinderats: *C. Simon* erklärt sich bereit, das Reglement in einer Spezialkommission eingehend zu beraten. Der Gemeinderat hat bewusst ein einfaches Konzept erarbeitet mit drei Zonen: eine blaue mit Parkscheibe, eine mit Parkingmetern sowie eine mit Anwohnerparkkarte. Schwierig ist die Festsetzung der Tarife sowie eine Prognose, was die Umsetzung kosten wird. Die Kontrollen sollen unbedingt mit dem vorhandenen Polizeipersonal vorgenommen werden.

FDP: *M. Ziegler* begründet, weshalb seine Fraktion für Rückweisung plädiert. Eine Wiederholung wie bei der Totalrevision des Allmendreglements soll vermieden werden. Die Ausgangslage war vergleichbar und schliesslich wurde in der Spezialkommission eine totale Überarbeitung und damit eine Aufgabe übernommen, welche eigentlich dem Gemeinderat bzw. der Verwaltung zukäme.

SVP: *F. Gerber* wäre namens einer Mehrheit seiner Fraktion auch zur Rückweisung bereit.

SP: *G. Köhler* vertritt die Auffassung, dass bei Überweisung der CVP-Motion ohne die von der FDP-Fraktion vorgeschlagene Anpassung und würde demnach eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung umgesetzt, viele der geäusserten Probleme sich nicht stellen würden. In einer Spezialkommission werden die verschiedenen Anliegen breiter vertreten und ausdiskutiert.

SP: *G. Löhr* hakt hier ein. Auch ihres Erachtens müssen einige grundsätzliche Entscheide im Einwohnerrat gefällt werden, andernfalls müsste heute eine erste Lesung, d. h. Detailberatung vorgenommen werden. Sie plädiert für eine 9er-Kommission.

FDP: *M. Ziegler* stellt fest, dass eine erste Lesung nicht zwingend ist. Die wesentlichen strittigen Punkte sind klar aus der Debatte hervorgegangen, um dem Gemeinderat das Geschäft zur Überarbeitung zurückzugeben.

SP: *S. Zürcher* meint, dass es effizienter ist, die erste Lesung vorzunehmen, wenn eine Kommission ihre Änderungen vorgängig eingebracht hat.

SVP: *U. Rediger* unterstützt das Votum des Vorredners.

FDP: *M. Ziegler* zieht den Rückweisungsantrag zurück. Allerdings würde seines Erachtens auch eine kleinere Kommission zum Ziel gelangen. Er akzeptiert aber eine 9er-Kommission.

Präsident M. Metz lässt über den Antrag zur Überweisung an eine 9er-Spezialkommission abstimmen. Das Präsidium kommt turnusgemäss der SVP-Fraktion zu.

Einstimmig wird beschlossen:

://: Das Reglement über die Parkraumbewirtschaftung wird an eine neun Mitglieder umfassende Spezialkommission überwiesen.

Traktandum 2**Geschäft Nr. 111**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 2.5.2006:

Gesamtkonzept für die Dorfplatzneugestaltung und Bewilligung von Investitionsausgaben von insgesamt CHF 1'417'000.—

Eintreten:

SVP: *M. Trautwein* äussert Vorbehalte bezüglich der öffentlichen WC-Anlage wegen des leidigen Vandalismus sowie ob genügend Bedarf für ein Zelt vorhanden ist. Möglicherweise wäre es besser, eines bei Bedarf zu mieten und den Vereinen allenfalls unentgeltlich zur Verfügung zu stellen oder aber eine fixe Installation analog Spiegelfeld. Es wäre interessant zu erfahren, wie viele Anlässe in den letzten fünf Jahren stattgefunden haben, welche ein mobiles Zelt rechtfertigen würden. Wurden die Vereine angefragt, welche Bedürfnisse sie an diesen Dorfplatz haben? Seine Fraktion hat noch einige weitere Detailfragen zur Gestaltung und zum Betriebskonzept. Aus diesem Grund beantragt sie die Überweisung an die Bau- und Planungskommission.

EVPI/Grüne: *U. von Bidder* sieht in der vorgeschlagenen Lösung eine logische Fortsetzung der begonnenen Gestaltung des Platzes. Positiv zu erwähnen ist besonders der definitive Pausenplatz vor dem Kindergarten des Pestalozzi-Schulhauses. Der Veloweg wird durch die Verbreiterung sicherer. Die Einrichtung einer WC-Anlage ist richtig, vor allem in Anbetracht der zahlreichen Kinder, welche auf dem Platz spielen. Sie soll unbedingt gratis benutzbar sein. Bei dieser Gelegenheit möchte er darauf hinweisen, dass auch andernorts in der Nähe von Schulhäusern Toilettenanlagen sehr wünschbar wären. Etwas zu optimistisch spricht der Gemeinderat von einem Begegnungsort für alle Verkehrsteilnehmer/innen. Die Curt Goetz-Strasse wird jedoch vor der Verwaltung auch weiterhin ein Parkplatz bleiben. Und auf dem Veloweg sind Autos sicher nicht tolerierbar. Betreffend das Zelt fragt sich seine Fraktion, ob nicht eine feste Installation sinnvoller wäre, welche die vorgesehene Pausenhalle ersetzen könnte. Die Miete eines Zelts fällt ausser Betracht, da die Kosten extrem hoch sind. Die Ausstattung der beiden Pausenplätze mit Spielgeräten ist überaus mager; es wurde zu wenig budgetiert. Die Absicherung des Schulhausausgangs mit einem Geländer gegen den Veloweg ist nötig. Die Bodenmarkierung werden die Kinder jedoch nicht beachten. Als Alternative könnte der Platz gestuft gestaltet oder mit grossen Kalksteinbrocken aufgelockert werden. Besondere Beachtung muss der Einmündung des Velowegs in die Postgasse geschenkt werden. Der Platz sollte zügig fertig gestellt werden, die lärmigen Bauarbeiten dauern bereits seit Monaten.

FDP: *M. Bolleter* erwähnt, dass auch seine Fraktion dem Projekt grundsätzlich positiv gegenüber steht. Auffallend ist, dass ein grosser Teil der budgetierten Kosten den Schulhäusern zugute kommt und nicht dem eigentlichen Dorfplatz. Daher kommt der leise Verdacht einer Mogelpackung auf. Was den Ausbau der Curt Goetz-Strasse in eine Begegnungszone anbelangt, sind Bedenken vorhanden, ausserdem ist kein direkter Zusammenhang mit dem Dorfplatz herstellbar. Zum Veloweg mitten durch die Begegnungszone und unmittelbar an den Schulhäusern vorbei wird ein grosses Fragezeichen gesetzt. Weil auch der Sportplatz in unmittelbarer Nähe ist, stellt sich die Frage, ob die Aufhebung dieser Parkplätze zwingend notwendig ist. Ebenso ist die Zufahrt bzw. das kurze Parkieren für die Benutzenden der Abfallsammelstelle zu gewährleisten. Die Bau- und Planungskommission soll sich mit allen Fragen vorgängig intensiv auseinandersetzen.

CVP: *A. Achermann* dankt dem Gemeinderat für die interessante Vorlage, welche jedoch auch nach Auffassung seiner Fraktion der BPK zu überweisen ist. Die Kommission soll grundsätzlich das Konzept diskutieren. Ebenso sind die Kosten und die einzelnen Elemente zu prüfen sowie die Parkplatzfrage zu diskutieren.

SP: *G. Köhler* unterstützt den Antrag auf Überweisung an die BPK. Die Idee eines mobilen Zelts findet seine Fraktion sehr gut, dies trägt zur Belebung des Platzes bei.

Stellungnahme des Gemeinderats: *A. Schuler* zeigt sich erfreut darüber, dass die Eintretensdebatte grundsätzlich positiv verlaufen ist und die Details in der Bau- und Planungskommission erörtert werden sollen. Sie wäre froh, wenn auch die Wünsche der Vereine einfließen würden, welche den Platz ebenfalls nutzen sollen. Beim Begriff "Begegnungszone" handelt es sich um eine

Verkehrsmassnahme. Davon unabhängig ist die Investition für die Dorfplatz-Neugestaltung zu betrachten. Etwas ist sicher, auf dem Veloweg werden keine Autos zugelassen sein.

SVP: *M. Trautwein* fragt nach, ob es zutrifft, dass die Vereine vorgängig nicht angefragt worden sind.

Gemeinderätin A. Schuler entgegnet, dass vor etwa fünf Jahren das Vordach des Zelts kaputt ging und in diesem Zusammenhang eine Rückfrage bei den Vereinen gemacht wurde, ob ein Zelt begrüsst würde. Eine erneute Umfrage wäre aber innert nützlicher Frist möglich.

Gemeinderat M. Joset: An der Terminkonferenz vor rund einem Monat, an welcher jeweils die Benützung des Kronenmattsaals durch die Vereine koordiniert wird, hat er die Vertreter/innen der Vereine dazu aufgerufen, ihre Rückmeldungen bezüglich eines Zelts an die Parteifractionen weiterzuleiten.

Einstimmig wird beschlossen:

://: **Das Gesamtkonzept für die Dorfplatzneugestaltung und Bewilligung von Investitionsausgaben von insgesamt CHF 1'417'000.— wird an die Bau- und Planungskommission überwiesen.**

Traktandum 3

Geschäft Nr. 108

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25.4.2006:

Abrechnungen von diversen Investitionskrediten

Eintreten:

SP: *D. Gorba* bemerkt, dass die Abrechnung des Meiriacker-Schulhauses in Relation zur investierten Summe und der Grösse des Objekts mager ausgefallen ist. Und jene zum Generellen Entwässerungsplan liegt bereits vor, obwohl die Bundessubvention noch nicht ausbezahlt worden ist.

Grüne/EVP: *R. Bänziger* möchte erfahren, weshalb auf eine Verbesserung der Luftzirkulation bei den Heizkörpern der Turnhalle sowie auf eine Versickerungsanlage bei der Schulhausanlage verzichtet worden ist, obwohl letzteres im Rahmen des GEP ausgiebig diskutiert wurde. Zudem möchte sie wissen, weshalb bei der Turnhallensanierung für Ausstattung und Umgebungsarbeiten nichts veranschlagt war.

FDP: *P. Treuthardt* dankt dem Gemeinderat für die vorgelegten Abrechnungen, welche von seiner Fraktion genehmigt werden. Besonders positiv zu erwähnen ist die Tatsache, dass der Kredit für das Meiriacker-Schulhaus nicht ganz ausgeschöpft worden ist.

SVP: *U. Rediger* äussert sich zufrieden über die Vorlage sowie dass überall die Mehrwertsteuer ausgewiesen ist.

Stellungnahme des Gemeinderats: *A. Schuler* beantwortet die Fragen von R. Bänziger. Zunächst betreffend Luftzirkulation bei den Heizkörpern in der Meiriacker-Turnhalle: Für diese Arbeit hätte die bestehende Verkleidung demontiert werden müssen. Es zeigte sich, dass die in Frage stehenden Platten zu schwer waren. Zudem war umstritten, ob die Massnahme eine bedeutende Verbesserung ergeben würde. Weil das Schulhaus vor Antritt ihrer Gemeinderatstätigkeit eingeweiht worden ist, kann sie zu weiteren Details keine Angaben machen.

Gemeinderätin A. Mati geht auf die Frage von D. Gorba bezüglich GEP-Abrechnung ein. Es liegt lediglich eine Subventionszusicherung vor. Im Zug der Auszahlung der Subvention wird auch eine Abrechnung vorgelegt.

SP: *F. Dietiker* wundert sich dennoch, dass der Kredit abgerechnet wird, obwohl nicht alle Erträge und Aufwände ausgewiesen sind. Und im Anschluss daran stellt sich ihm die Frage, wie die Subventionszahlung verbucht wird.

Gemeinderätin A. Mati erläutert, dass es zwar nicht Usus ist, dem Einwohnerrat die Abrechnung zu präsentieren, obwohl die Subventionszahlung des Bundes noch nicht vorliegt. Sie sichert zu, dass wenn die Zahlung erfolgt ist, der Rat darüber informiert werden wird.

Gemeinderat J. Saxer hält fest, dass es sehr lange dauern kann, bis die Zahlung erfolgt. Der Grund ist oft, dass der Bund im gegebenen Zeitpunkt nicht über genügend flüssige Mittel verfügt und sich deshalb Verzögerungen ergeben. Der Betrag wird selbstverständlich als Ertrag in der Rechnung ausgewiesen.

Präsident M. Metz kommt auf die kritische Anmerkung bezüglich "magere" Abrechnung des Meiriacker-Schulhauses der SP-Fraktion zurück. Er weist darauf hin, dass zusätzliche Informationen bzw. Fragen via GRPK einzureichen wären. Über das Geschäft wird nicht abgestimmt, es wird lediglich zur Kenntnis genommen.

- ://:** **Von folgenden Abrechnungen, deren Abrechnungssumme unter dem bewilligten Kredit liegt, wird Kenntnis genommen:**
- 3.1 Objekt Nr. 1, Planung, Wettbewerb und Neubau Meiriackerschulhaus sowie Sanierung der Meiriackerturnhalle mit Gesamtkosten von CHF 9'707'990.70 (Konto 242.503.01, 02, 03)**
 - 3.2 Objekt Nr. 2, Grossgemeinschaftsantennenanlage mit Gesamtkosten von CHF 1'177'306.40 (Konto: 320.501.01, 320.501.02, 320.560.01)**
 - 3.3 Objekt Nr. 3, Pflegeheime (Wettbewerb Alterszentrum Schlossacker) mit Gesamtkosten von CHF 306'079.85 (Konto 410.503.01)**
 - 3.4 Objekt Nr. 4, Strassen, diverse Deckbeläge mit Gesamtkosten von CHF 305'849.65 (Konto 620.501.01)**
 - 3.5 Objekt Nr. 5, Strassen, diverse Erneuerungen mit Gesamtkosten von CHF 348'952.30 (Konto 620.501.02)**
 - 3.6 Objekt Nr. 6, Fahrzeugersatz Werkhof mit Gesamtkosten von CHF 201'432.65 (Konto 620.506.01)**
 - 3.7 Objekt Nr. 7, Generelle Entwässerungsplanung (GEP) mit Gesamtkosten von CHF 329'317.55 (Konto 710.501.01)**

- ://:** **3.8 Objekt Nr. 8, Abwasserentsorgung, Sauberwasserleitung Rottmannsbodenstrasse mit Gesamtkosten von CHF 197'326.60 (Konto 710.501.13)**
- 3.9 Objekt Nr. 9, Friedhof, Urnenwand und Sanierung Aufbahrungshalle mit Gesamtkosten von CHF 2'366'110.40 (Konto 740.503.01.02)**

Traktandum 4**Geschäft Nr. 91**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25.4.2006:

Interfraktionelles Postulat: Binningen wird GATS-freie GemeindeEintreten:

SP: *S. Brenneisen* gibt bekannt, dass seine Fraktion Antrag auf Überweisung des Vorstosses stellt. Die Stellungnahme des Gemeinderats hat die Befürchtung, dass ein Demokratiedefizit entstehen könnte, z. B. bei der Vergabe von Aufträgen, nicht auszuräumen vermocht.

FDP: *M. Ziegler* gibt seinem Erstaunen darüber Ausdruck, wie sich die sonst weltoffene SP konservativ in dieser Sache verhält. Über zwei Drittel des Volkseinkommens werden heute im Dienstleistungssektor erwirtschaftet und drei Viertel der Beschäftigten sind in diesem Bereich tätig. Die Schweiz ist auf den Handel mit dem Ausland angewiesen. Von den GATS-Verhandlungen profitieren Banken, Versicherungen, Reisebüros, Treuhandfirmen, Berater usw., indem sie ihre Dienstleistungen im Ausland anbieten können. Mit dem Rückzug, wie ihn der SP-Vorstoss vorsieht, wird der Wirtschaft ein Bärendienst erwiesen und wird ein falsches Zeichen gesetzt. Die Stellungnahme des Gemeinderats zeigt klar auf, dass Binningen nichts zu befürchten hat. Die FDP-Fraktion teilt die Auffassung des Gemeinderats und wird das Postulat nicht überweisen.

CVP: *K. Amacker:* Ihre Fraktion will den Vorstoss ebenfalls nicht überweisen. Die GATS-Verhandlungen stellen das Subsidiaritätsprinzip nicht in Frage und schränken die lokalen Behörden in ihrer Politik nicht ein, denn sie werden konsultiert. Die Einwände entsprechen nicht der Realität. Die Informationen zu den Verhandlungen sind zwar spärlich geflossen und haben einige Bundesparlamentarier/innen verärgert; doch für Binningen ist dies ohne Bedeutung. Die Verhandlungen bieten grosse Chancen und die Risiken bleiben berechenbar. Wie sich die Schweiz bisher in dieser Sache verhalten hat, rechtfertigt kein parteipolitisches Vorgehen auf Gemeindeebene und Forderungen, wie sie dieser Vorstoss enthält.

SP: *U. Kunz* greift das Votum von M. Ziegler auf und äussert Bedenken, ob die Demokratie in einem liberalisierter Markt auch wirklich so gut funktionieren wird und garantiert ist.

SVP: *U. Rediger* hat ein gewisses Verständnis für das Postulat, doch wäre der vorgeschlagene Weg falsch. Der Gemeinderat sollte hingegen seine Kompetenzen, besonders im Hinblick auf das örtliche Gewerbe, besser ausschöpfen.

SP: *A. Braun* kontert, dass es um eine Rückbesinnung auf demokratische Entscheide geht. Vieles ist noch offen bezüglich dieser Verhandlungen, doch sollte frühzeitig Einfluss darauf genommen werden. Die GATS-Verhandlungen stützen sich auf die WTO, welche eine Verpflichtung zur Liberalisierung zum Ziel hat. An einem Beispiel möchte er die Problematik kurz aufzeigen: Die erste vom Bundesrat im Frühling bewilligte private Fachhochschule könnte durchaus Konkurrentin der öffentlichen Fachschule werden. Letztere könnten dazu gezwungen werden, für Weiterbildung horrend Preise zu verlangen, um nicht marktverzerrend zu wirken. Auch im Bereich der Volksschule gibt es vermehrt Bestrebungen nach Privatisierung und Liberalisierung. Und gemäss Seco ist das Ziel die

freie Schulwahl. Es geht darum, die Interessen der Gemeinde und des öffentlichen Dienstes zu wahren.

FDP: *M. Ziegler* hält entgegen, dass das aktuelle Beispiel Swisscom aufzeigt, dass der Trend in der Schweiz in eine andere Richtung geht. Demokratie bedeutet seines Erachtens, dass der Staat nicht bei jedem Unternehmen dreinreden kann, wie dies in Frankreich der Fall ist, sondern dass die Bürger/innen bei den Rahmenbedingungen Mitsprachemöglichkeit haben. Die Ängste sind nicht gerechtfertigt.

SP: *G. Köhler* wehrt sich dagegen, als Verhinderer dargestellt zu werden. Tatsache ist, dass es um zum Teil sensible Bereiche geht. Persönlich traut er einem städtischen Wasserwerk eher als einem Grosskonzern wie Nestlé, wenn es um Fragen der Wasserversorgung geht.

Mit 22 Ja, 14 Nein bei drei Enthaltungen wird beschlossen:

://: Das Postulat "Binningen wird GATS-freie Gemeinde" wird nicht überwiesen.

Traktandum 5

Geschäft Nr. 106

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25.4.2006

Postulat FDP: Mehr Bewegung in unserer Gemeinde

Eintreten:

FDP: *W. Müller* äussert seine Genugtuung darüber, dass der Gemeinderat zum postulierten Anliegen eine offene Haltung einnimmt. Es geht nicht um autofreie Tage oder die Erneuerung von Sportanlagen. Vielmehr sollen mehr Leute zu mehr Bewegung und Sport animiert werden, wie z. B. zu Aerobic, Aquafit, Nordic Walking bis hin zu Midnight Basketball usw. Die Einwohnerschaft wird durch die lokalen Medien und mittels Flyers über Aktivitäten orientiert. Wichtig ist, dass die Gemeinde das Projekt in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton als auch der Sportschule in Magglingen lanciert. Es versteht sich von selbst, dass dem Antrag des Gemeinderats auf Überweisung zugestimmt wird.

SP: *G. Löhr* erwähnt, dass auch ihre Fraktion die Sache gut findet. Erstaunt hat lediglich der letzte Satz in der Stellungnahme des Gemeinderats, wonach er die Postulantinnen und Postulanten zu einem Gespräch einladen will, um den Inhalt genauer zu definieren. Sie meint, dass nach der Überweisung alle Fraktionen miteinbezogen werden sollten.

SVP: *U. Rediger* spricht sich namens seiner Fraktion ebenfalls für Überweisung des Vorstosses aus.

CVP: *S. Bräutigam* schliesst sich dem Vorredner an. Zur Umsetzung sollten die entsprechenden Vereine sowie externe Fachpersonen beigezogen werden.

Stellungnahme des Gemeinderats: *M. Joset* findet es sinnvoll, aus dem grossen Angebot an Möglichkeiten klarer herauszuschälen, was konkret umgesetzt werden soll. Spätestens, wenn dafür finanzielle Mittel benötigt werden, wird der Rat darüber befinden müssen. Bisher lag die Trägerschaft stets bei den Sportvereinen. Auf der Verwaltung fehlen nicht zuletzt die personellen Ressourcen, um alle Aufgaben in diesem Zusammenhang allein zu übernehmen.

Mit 33 Ja, 2 Nein bei 4 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Das Postulat "Mehr Bewegung in unserer Gemeinde" wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 6

Gesch. Nr. 104

Interpellation FDP-Fraktion vom 22.3.2006:

Gescheiterte Verhandlungen über das Schlosspark-Hotel

Antwort des Gemeinderats: B. Gehrig hält fest, dass die Beantwortung problematisch ist, weil zu laufenden Geschäften grundsätzlich keine Informationen abgegeben werden. Dies aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes, des Amtsgeheimnisses und der Vertraulichkeit interner Vertragsverhandlungen. Dennoch vorab einige Bemerkungen: Es darf festgehalten werden, dass der derzeitige Pächter das Restaurant anstandslos führt und das Restaurant einen guten Ruf hat. Aus der Publikation im Binninger Anzeiger geht hervor, dass Herr Dammann das Pachtverhältnis nicht weiter führen will. Zum einen besteht das Parkplatzproblem, zum andern ist er der Auffassung, dass es keinen neuen Vertrag braucht. Und schliesslich hat er auch einige Vorbehalte dem geplanten Projekt gegenüber angebracht.

Für den Gemeinderat ist das Gesamtprojekt Schlosspark, wie es vom Volk angenommen wurde, nach wie vor verbindlich. In der Abstimmungsvorlage stand bezüglich Mietzins folgende wörtliche Formulierung: wirtschaftlich und attraktiv für die Gemeinde. Diese Aussage gilt nach wie vor als generelle Richtlinie für die Vermietung von Schloss und Imhof-Haus. Mit dem Schloss und neu den Gästezimmern und der Einstellhalle ergibt sich faktisch ein neues Mietobjekt, was einen neuen Vertrag bedingt. Dem Pächter wurde aber klar signalisiert, dass die Gemeinde an einer Weiterführung des Mietverhältnisses interessiert ist.

Zu den einzelnen Fragen:

1: Existierte zum Zeitpunkt der Abstimmung eine Abmachung mit dem Pächter des Binninger Schlosses bezüglich der Übernahme des Hotelbetriebs? Wenn ja: Wie lautete diese? Wenn nein: Wieso hat der Gemeinderat dies im Abstimmungskampf behauptet?

Es war die Idee und der Wunsch des jetzigen Pächters, als Ergänzung zum Restaurantbetrieb im Imhof-Haus Gästezimmer einzurichten. Aufgrund dessen wurden die Verhandlungen geführt, welche bereits Ende der 90er-Jahre aufgenommen wurden. Nach der Volksabstimmung wurde im August 2004 Herrn Dammann schriftlich mitgeteilt, dass der Gemeinderat an einer Fortsetzung des Mietverhältnisses von Schloss und Gästezimmern im Imhof-Haus interessiert ist.

2: Von welchem Betrag ging der Gemeinderat in den gescheiterten Verhandlungen bezüglich des Pachtzinses jeweils getrennt für das Restaurant und für das Hotel aus?

Für die Ausarbeitung des neuen Mietvertrags wurde auch der Schweizerische Hotelierverein zugezogen. Es wurden vernünftige, branchenübliche Mittelwerte ausgehandelt. Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Vertragsverhandlungen können jedoch keine konkreten Zahlen genannt werden.

3: Wie weit lagen die Vorstellungen der Verhandlungspartner auseinander?

Bezüglich der Miethöhe und der Nebenkosten hat sich der jetzige Pächter nie detailliert geäußert, sondern generelle Vorbehalte angebracht.

4: Erwägt oder erwog der Gemeinderat angesichts des Scheiterns der Verhandlungen eine alternative Nutzung für die Hotelzimmer?

Es besteht kein Grund, von der Neuvermietung des Schlosses inklusive Gästezimmer abzurücken. Bereits sind - also noch vor der Ausschreibung, die demnächst erfolgen wird - Bewerbungen eingegangen. Daraus lässt sich schliessen, dass das Konzept attraktiv ist. Auch würde es in der Öffentlichkeit nicht verstanden, wenn mit neuen Abklärungen und Ideen weitere Verzögerungen entstehen würden.

Abschliessend kann darauf hingewiesen werden, dass nach den Sommerferien mit der Sanierung des Imhof-Hauses begonnen wird.

FDP: *M. Ziegler* bedankt sich für die Antworten. Obwohl er Verständnis dafür hat, dass aufgrund der laufenden Verhandlungen keine Zahlen genannt werden können, hofft er, dass diese über die GRPK erhältlich sind. Seines Erachtens hat der Einwohnerrat das Recht darauf zu erfahren, wie es mit dem Projekt steht. Laut Vorlage Nr. 164 vom 4. November 2003 hat der jetzige Betreiber schriftlich eine Absichtserklärung abgegeben, dass er bereit ist, den zu erwartenden wesentlich höheren Pachtzins zu übernehmen. Konnte der Gemeinderat den Pächter nicht darauf behaften?

Gemeinderat B. Gehrig antwortet, dass er damals noch in der Funktion des Gemeindeverwalters bei den ersten Verhandlungen dabei war. Das Problem ist erst vor Kurzem bei der Beurteilung, was eine angemessene Miete ist, aufgetreten. Dem Pächter war aber von Anfang an klar, dass sich wesentlich höhere Kosten ergeben werden.

Die Interpellanten sind von der Antwort betr. "Gescheiterte Verhandlungen über das Schlosspark-Hotel" teilweise befriedigt.

Traktandum 7

Gesch. Nr. 102

Interpellation SP-, Grüne/EVP-Fraktion vom 22.3.2006:

Massenkündigung von Mietwohnungen

Antwort des Gemeinderats: *A. Mati* beantwortet die Fragen 1 bis 3, auf die letzte wird *A. Schuler* als zuständige Gemeinderätin eingehen.

Frage 1: *Wie wird der Gemeinderat in diesen Fällen informiert? Erfährt er die Vorgänge aus der Zeitung oder erhält er die entsprechenden Meldungen direkt von den Eigentümern?*

In Fällen wie an der erwähnten Bottmingerstrasse und am Schafmattweg hat der Gemeinderat von der bereits erfolgten Massenkündigung aus der Zeitung sowie auf informellem Weg erfahren. Seitens der Vermieter gibt es keine Informationspflicht gegenüber der Gemeinde. In beiden Fällen sind vor der Sanierung reguläre Baugesuche auf der Bauverwaltung eingegangen. Aus den Plänen war allerdings nicht ersichtlich, ob eine Umwandlung in Eigentumswohnungen beabsichtigt war. Letzteres konnte lediglich aufgrund von Anfragen betreffend Zulässigkeit von Mietzinserhöhungen vermutet werden. Es ist jedoch ein gegenteiliger, positiver Fall zu erwähnen beim Abriss und der Überbauung an der Wassergrabenstrasse, als Gemeinderat und Sozialdienst frühzeitig orientiert und gebeten wurden, in Härtefällen behilflich zu sein.

Frage 2: *Hat der Gemeinderat in solchen Fällen versucht, die Eigentümer auf ihre soziale Verantwortung aufmerksam zu machen?*

In den beiden zur Diskussion stehenden Fällen hatte der Gemeinderat keinen Kontakt zu den Vermietern.

Frage 3: *Hat der Gemeinderat Möglichkeiten und Strategien, um auf diese Vorgänge korrigierend einzuwirken?*

Die Möglichkeiten der öffentlichen Hand sind in solchen Fällen sehr begrenzt. Der Gemeinderat hat keine Kompetenz Privaten gegenüber vorzuschreiben, wie sie ihr Eigentum um/nutzen dürfen. Dies kann er nur bei gemeindeeigenen Liegenschaften festlegen. Er ist bestrebt, dass mit einer gezielten

Nutzungsstrategie günstiger Wohnraum erhalten bleibt. Tatsache ist, dass Binningen wegen der hohen Landpreise für den Bau von Liegenschaften interessant ist. Mit Öffentlichkeitsarbeit und persönlichen Gesprächen mit Grossvermietern, die zum Teil seit einigen Monaten stattfinden, soll eine Sensibilisierung für dieses Problem erreicht werden. Das Ziel ist, die soziale Durchmischung und günstigen Wohnraum zu erhalten. Das statistische Jahrbuch zeigt auf, dass in Binningen im kantonalen Vergleich ein relativ hoher Anteil an 1- bis 3-Zimmerwohnungen besteht. Die Mietzinsen dafür liegen zwar über dem kantonalen Durchschnitt, aber unter dem Mittel vom Bezirk Arlesheim. Allerdings kommen die günstigen Wohnungen selten auf den öffentlichen Markt, sondern werden unter der Hand weiter vermietet. Sozial Schwächere haben deshalb Mühe, eine solche zu finden.

Frage 4: Der Gemeinderat beabsichtigt im laufenden Legislaturprogramm, Wohngenossenschaften zu fördern. Ist er bereit, geeignete Liegenschaften zu erwerben, um sie interessierten Wohngenossenschaften weiterzuverkaufen? Ist er allenfalls bereit, Grundstücke zu erwerben, deren Liegenschaften von Wohngenossenschaften gekauft werden könnten?

Gemeinderätin A. Schuler: In den knapp zwei Jahren der laufenden Legislaturperiode war es möglich, Land zu vermitteln für die Wohngenossenschaft "Papageno" beim Meiriacker-Schulhaus zur Realisierung von zehn Familienwohnungen. Der Spatenstich war am 5. Mai. Bei der geplanten Gesamtüberbauung am Schafmattweg gibt es zwei weitere genossenschaftliche Projekte, eines für Familien und eines für Betagte. Es zeigt sich aber, dass auch wenn der Baurechtszins niedrig ist, die Wohnungen trotzdem im mittleren Preissegment sein werden. Wirklich günstiger Wohnraum ist praktisch nur in älteren Liegenschaften und Genossenschaften möglich. Für die Vergabe der Wohnungen ist die Genossenschaft selber zuständig. Meist bestehen Wartelisten.

In Binningen ist sehr wenig und sehr teures Bauland vorhanden, so dass der Kauf von Land oder Liegenschaften kaum möglich sind. Wie A. Mati bereits aussagte, versucht der Gemeinderat durch Kontakte und Gespräche mit Bau- und Immobilienfirmen das Anliegen von günstigem Wohnraum zu fördern.

SP: *A. Braun* dankt für die Ausführungen und die aktiven Bemühungen, die beschränkten Möglichkeiten auszuschöpfen. Erfreulich ist, dass zwei neue Wohngenossenschaften entstehen. Tatsächlich ist es überaus wichtig, dass die soziale Durchmischung erhalten bleibt. Was die gemeindeeigenen Liegenschaften anbelangt, ist das Thema auch in der GRPK hängig.

Die Interpellanten sind von der Antwort betr. "Massenkündigung von Mietwohnungen" befriedigt.

Traktandum 8

Gesch. Nr. 107

Interpellation CVP-Fraktion vom 27.3.2006:

Benutzungsbedingungen des ILS 34 am EuroAirport

CVP: *A. Achermann:* Der Betrieb des Flughafens hat aufgrund der Umweltbelastung potenziell negative Auswirkungen auf die zukünftige Entwicklung von Binningen. Falls der Flugverkehr zunimmt, ist zu befürchten, dass eine Negativspirale einsetzt und die Attraktivität als Wohnort vermindert wird. Diese Sorge wird von tausenden von Einwohnerinnen und Einwohnern geteilt, die im Zusammenhang mit der Einführung von ILS 34 und der Erhöhung der Flugfrequenzen sich kritisch äusserten. Er dankt dem Gemeinderat für seinen konsequenten Einsatz, die Immissionen so niedrig wie möglich und die Sicherheit der Bevölkerung optimal zu erhalten und möchte ihn ermutigen, den eingeschlagenen Kurs weiter zu verfolgen.

Die Interpellanten sind von der schriftlichen Antwort betreffend "Benutzungsbedingungen des ILS 34 am EuroAirport" befriedigt.

Traktandum 9

Diverses

Präsident M. Metz ruft den Büro-Mitgliedern in Erinnerung, sich wegen der Zusammensetzung der Spezialkommission Parkraumreglement zu melden.

Im Übrigen freut er sich auf den Einwohnerrats-Ausflug am kommenden Samstag und erklärt die Sitzung als geschlossen.